

Sie haben jetzt eine Klage angekündigt. Wir verlangen, diese unverzüglich einzureichen, das heißt, ohne schuldhaftes Zögern und nicht sofort.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Sind wir jetzt in einer Rechtsvorlesung?)

Die Klage ist selbstverständlich erst einmal zuzustellen, und eine Stellungnahmefrist ist zu gewähren. Da machen Sie nichts kaputt.

Finanzminister Söder hat eine Klage zum Länderfinanzausgleich befürwortet. Das wurde von uns unterstützt. Er hat dies getan, um Druck aufzubauen. Warum machen wir es hier nicht genauso?

(Zuruf der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Noch eine letzte Bemerkung: Wir wollen nicht, Herr Kollege Zellmeier, dass dies hier zu einem parteipolitischen Spektakel verkommt. Wir wollen vielmehr den sinnvollen Weg einer Klage des Freistaats Bayern gegen eine Bundesregierung, die von Ihnen mit geführt wird. Wir wollen das unterstützen, um die Interessen des Freistaats Bayern zu wahren. Wir halten es deshalb für richtig, dass dieses Parlament, nicht nur die Regierung, ein Votum abgibt. Bei dieser Deutung des Wortes "unverzüglich" könnten sie problemlos zustimmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Josef Zellmeier (CSU): Lieber Herr Kollege Pohl, die Deutung, die Sie dem Wort geben, eine juristische Deutung, ist eine andere als die, die Ihr Fraktionsvorsitzender Herr Aiwanger formuliert hat. Er möchte gar nicht warten, er möchte am liebsten noch heute klagen. Für uns ist eine Klage hingegen wirklich das letzte Mittel. Es ist schließlich nicht normal, dass Länder gegen den Bund klagen, noch dazu ein Land, das von einem Koalitionspartner in Berlin geführt wird. Es ist aber auch nicht einmalig.

(Lachen des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

- Lieber Herr Kollege Rinderspacher, die Hansestadt Hamburg hat gegen den Bund in Sachen Betreuungsgeld geklagt. Sie wissen, wer die Hansestadt Hamburg führt. Frau Ministerin Schwesig von der SPD hat den Bund in Fragen Betreuungsgeld vertreten. Gleichzeitig hat die SPD-geführte Hansestadt Hamburg, die gegenteilige Meinung vertreten. Es ist also nicht ungewöhnlich. Oder denken Sie an die FDP-Bundestagsfraktion. Lesen Sie die "Bayerische Staatszeitung", die ist sehr erhellend. Herr Professor Schumann, dessen Vorlesungen ich selbst besuchen

durfte, hat das dort deutlich ausgeführt. Die FDP-Bundestagsfraktion hat während der Koalition unter Helmut Kohl beispielsweise gegen die damalige Bundesregierung geklagt. Da ging es um einen Organstreit, die damaligen Out-of-Area-Einsätze. Das alles sind Dinge, die es schon gegeben hat. Es ist nicht normal, aber es ist auch nicht völlig ungewöhnlich. Weil es nicht normal ist, wollen wir alle Verhandlungsmöglichkeiten ausschöpfen, Herr Kollege Pohl. Wir wollen uns aber nicht binden; denn wir sagen: An dem Tag, an dem die Antwort da ist, werden wir prüfen, ob sie uns genügt. Wenn sie uns nicht genügt, dann wird am nächsten Tag Klage eingereicht.

(Zuruf des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Wir werden dieses Druckmittel natürlich auch weiter benutzen. Sie können aber sicher sein: Wenn wir keine andere Möglichkeit mehr sehen - und die Zeit dafür ist sehr nah -, dann werden wir die Klage einreichen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das Schwert wird stumpf, wenn Sie es nicht endlich nutzen!)

Wir werden uns aber nicht von den FREIEN WÄHLERN treiben lassen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sollten Sie aber! – Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Dann kämen wir in den Wald!)

Ich habe Ihnen zu Beginn dafür gedankt, dass Sie unsere Linie hier unterstützen. Sie sehen, ich will kein parteipolitisches Geplänkel. Wir sind dankbar, dass Sie mit uns gehen. Die linke Seite des Hauses ist unvernünftig. Sie sind vernünftig. Aber nicht alles, was in Ihrem Antrag steht, ist vernünftig. Wir werden ihm deshalb nicht zustimmen. Wir haben aber einen Antrag eingebracht, dem Sie gerne zustimmen können; denn dieser Antrag ist vernünftig.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Herr Kollege Zellmeier. - Jetzt Herr Kollege Rinderspacher für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

Markus Rinderspacher (SPD): Werter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Statt eines Dringlichkeitsantrags der FREIEN WÄHLER zum Thema, wie die FREIEN WÄHLER die CSU rechts außen überholen können, hätte die SPD-Fraktion ein viel wichtigeres Signal von Ihnen erwartet, Herr Kollege Aiwanger.

(Beifall bei der SPD)

Wir hätten eine Entschuldigung des Bundesvorsitzenden der FREIEN WÄHLER erwartet für diese unerhörte Krawallaktion mit Ihrem Landrat Dreier aus Landshut in Berlin.

(Beifall bei der SPD, den GRÜNEN und Abgeordneten der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die SPD-Bürgermeister haben unterschrieben!)

Dem Vernehmen nach haben Sie, Herr Kollege Aiwanger und Frau Kollegin Widmann, die Public-Relations-Tour auf Kosten und auf dem Rücken der Flüchtlinge aus Ihren Privatmitteln finanziert. Diese Aktion war kein Beitrag zur Versachlichung der Flüchtlingsdebatte. Das war kein Beitrag zur politischen Aufklärung von Staatsorganen, wie Sie sich anzumaßen meinten. Es ging Ihnen auch gar nicht darum, die Bundeskanzlerin wachzurütteln, wie Sie verlautbart haben. Ich sage Ihnen: Menschen in Not und Ausnahmesituationen in Busse zu stecken und sie quer durch die Republik zu karren, um sie für parteipolitische Geländegewinne zu instrumentalisieren, ist widerwärtig und beschämend. Dafür sollten Sie sich entschuldigen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Damit schaden Sie der Demokratie. Sie beschädigen damit auch das Ansehen der Politik im Allgemeinen.

Kolleginnen und Kollegen, anstatt uns heute im Bayerischen Landtag mit dem politisch Notwendigen auseinanderzusetzen, mit Integrationsfragen, mit Fragen der Flüchtlingsunterbringung, mit der Sicherheit an der bayerischen Grenze und im öffentlichen Raum, veranstalten die nationalkonservativen Parteien des Hohen Hauses ein Stück aus dem politischen Tollhaus. Herr Seehofer aus der Staatsregierung schreibt Herrn Seehofer aus der Bundesregierung einen Brief. Die CSU Bayern verklagt die CSU Bund. Die Christsozialen sind des Regierens im Bund müde und unwillig. Sie gefallen sich in der Rolle der Fundamentallopposition gegen sich selbst.

(Unruhe bei der CSU)

Selten zuvor hat eine Regierungspartei einen so harten und durchschaubaren Kurs gegen sich selbst gefahren wie diese Christlich-Soziale Union. Meine Damen und Herren, inhaltlich sind Sie im Bund in allem gescheitert, was Ihnen in den letzten Wahlkämpfen wichtig war: Betreuungsgeld – vom Verfassungsgericht gekippt. Ausländermaut – Herr Dobrindt bekommt es nicht hin. Ausgerechnet diese großspurig

Gescheiterten reiten nun auf der Welle des galoppierenden Autoritätsverlusts und der erkennbaren Führungsschwäche der Bundeskanzlerin. Ich sage Ihnen, ein vertrauliches und gutes Zusammenarbeiten ist mit Briefeschreibern kaum möglich. Arbeiten Sie im Bundeskabinett vernünftig mit, oder verlassen Sie die Bundesregierung!

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Ihnen in der CSU geht es - und diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen - in diesen Tagen offensichtlich nicht um staatspolitische Verantwortung, sondern um parteipolitische Geländegewinne. Ihre Partei vollzieht einen atemberaubenden Rechtsruck, um die AfD zu verhindern.

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): A'geh!)

Diese Grundhaltung ist auch bei den Neujahrsempfängen des CSU-Parteivorsitzenden deutlich geworden. Herr Seehofer spricht seit Wochen von nichts anderem mehr als davon, dass dieses ein Schicksalsjahr für die Union wäre. Meine Damen und Herren, die Flüchtlingskrise, ein Schicksalsjahr für die Union? – Das sagt viel aus.

(Gudrun Brendel-Fischer (CSU): Das sagen Sie mit 16 %!)

Den Menschen im Land ist es egal, welches Schicksal einzelne Parteien erfahren, egal ob sie CSU heißen, SPD, GRÜNE oder FREIE WÄHLER.

(Zuruf der Abgeordneten Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU)).

Es geht um unzählige Schicksale von Menschen in Krieg, Not, Armut und Elend, die uns bekümmern müssen. Sie aber agieren nach dem Prinzip: Zuerst die Partei, dann das Land. - Das ist unverantwortlich, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Heute beraten wir im Kern ein Gutachten von Herrn Di Fabio, das von zahlreichen Staatsrechtlern mittlerweile als Gefälligkeitsgutachten bewertet wird.

(Josef Zellmeier (CSU): Was ist mit Scholz und Schumann?)

Unabhängig davon, dass die politischen Fragen unserer Zeit nicht mit Briefen und auch nicht mit gegenseitigen Klagen von Regierungen zu beantworten sind, darf man festhalten: Es wird zu keiner Klage der CSU kommen, weil die CSU auf eine Beteiligung an der Bundesregierung existenziell angewiesen ist, egal, ob

sie diese Aufgabe konstruktiv oder destruktiv wahrnimmt. Auch juristisch wäre es ein Drahtseilakt. Wie man das Gutachten juristisch auch bewertet, eines ist nämlich klar: Es geht nur dann von einer Verfassungswidrigkeit aus, wenn ein Staatsnotstand in Bayern und in Deutschland gegeben ist. Dieser Staatsnotstand existiert aber nicht. Wäre es so, dann hätte die Bayerische Staatsregierung laut Bayerischer Verfassung umgehend das Parlament in einer Sondersitzung davon unterrichten müssen. Das ist nicht geschehen, Herr Innenminister. Wir haben keinen Staatsnotstand. Die Kühlschränke der Menschen in Bayern sind so gut oder so schlecht gefüllt wie vor der Flüchtlingsbewegung. Der Staatshaushalt wurde vom zuständigen Minister noch vor wenigen Wochen als triumphal fest und solide gefeiert.

(Josef Zellmeier (CSU): So soll es auch bleiben!)

Die öffentliche Sicherheit in Bayern hat sich im Hinblick auf Straftaten gegenüber den Vorjahren nicht verändert, auch nicht im vergangenen Jahr. Wir haben keinen Staatsnotstand, nicht in Bayern und nicht in Deutschland. Der einzige Notstand, den wir im Land erleben, ist der Verlust an politischer Kultur durch das Agitieren der rechtsnationalen Parteien und Gruppierungen inner- und außerhalb des Hohen Hauses.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen mit großer Sorge, dass der Rechtspopulismus auch in der Mitte unserer Gesellschaft wieder salonfähig wird. Sogenannte besorgte Bürger und Neonazis sind bei Demonstrationen, nicht nur in Dresden, kaum noch auseinanderzuhalten. Immer häufiger mischt sich in berechtigte Fragen der Asyldebatte dumpfer Rassismus. Die Hemmschwellen sinken; inzwischen muss die Polizei die Presse vor dem Bürger schützen. Ich sage Ihnen: Wer Migranten tagein, tagaus unter Generalverdacht stellt, wer Flüchtlinge pauschal mit Terrorismus in Verbindung bringt, wer mit den Ängsten der Menschen spielt,

(Kerstin Schreyer-Stäblein (CSU): Wer macht denn das?)

wer Ressentiments schürt, wer zulasten von Ausländern politische Zündeleien betreibt, wer wie der CSU-Generalsekretär Scheuer für Flüchtlinge die Unschuldsumsetzung aussetzen will, wer straffällige Zuwanderer ohne Prozess unter Abschaffung des Rechtsstaats, auf den man sich stets beruft, abschieben will, wer die Stimmung in dieser Hinsicht aufheizt, wer das gesellschaftliche Klima vergiftet, wer Schwache gegen noch Schwächere in Stellung bringt, der schadet unserem Land in unverantwortlicher Weise, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

Jede zweite Nacht, alle 48 Stunden brennt in Deutschland ein Flüchtlingsheim. Wie durch ein Wunder kam es bislang nicht zu einem Todesfall. Ich fordere Sie auf: Gießen Sie nicht weiter Öl ins Feuer der öffentlichen Debatte; nehmen Sie Ihre staatspolitische Verantwortung wahr!

(Beifall bei der SPD)

Ich bedauere es im Übrigen sehr – das ist augenscheinlich –, dass weder Sie, Herr Zellmeier, noch Sie, Herr Aiwanger, Ihre Anträge begründen und näher darlegen, was Sie sich vorstellen. Da geht es im Kern um die Sicherung der bayerischen Außengrenzen. Wir erwarten von Ihnen, Herr Innenminister, einen Bericht, wie Sie sich konkret die Sicherung der Grenzen Bayerns vorstellen. Sie sagten, Sie wollten die bayerische Landespolizei dafür einsetzen. Wie viel Personal aus Bayern ist für Ihr Konzept nötig? Wollen Sie alle sechzig Grenzübergänge aus der Zeit vor Schengen wieder mit Schlagbäumen versehen? Wie viel Personal ist dafür nötig? Welche Lücken in das Netz der inneren Sicherheit im Landesinneren werden damit gerissen? – Die bayerischen Polizisten haben allein im letzten Jahr 1,5 Millionen Überstunden gemacht. Wie hoch wird diese Zahl am Ende des Jahres 2016 sein? Wie handhaben Sie, Herr Innenminister, die Kontrolle an der sogenannten grünen Grenze? Wie stellen Sie sich das an der Grenze zu den tschechischen Regionen Karlsbad, Pilsen und Südböhmen auf einer Länge von 357 Kilometern, an der Grenze zu den österreichischen Bundesländern Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg auf einer Länge von 816 Kilometern und an der Grenze zum Schweizer Kanton St. Gallen auf einer Länge von 19 Kilometern vor? – In der Zeitung "DIE WELT" war unter Berufung auf Bundespolizeikreise und auf Unionspolitiker zu lesen, dass eine Grenzsicherung nach Ihrem Modell ohne Wasserwerfer und Tränengas überhaupt nicht möglich ist. Was ist Ihr Konzept, Herr Innenminister? Wollen Sie das? Wie wollen Sie die Grenzen sichern? Was ist Ihre Vorstellung? – Immer nur so zu tun, als würde man Verbesserungen herbeiführen wollen, ohne der Öffentlichkeit konkret darzulegen, wie das funktionieren soll, kann nicht angehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir als SPD erteilen einer Grenzsicherung durch die bayerische Landespolizei eine klare Absage. Es ist nicht bayerische Aufgabe, die Landesgrenzen zu schützen. Die Polizisten im Freistaat haben 1,5 Millionen Überstunden angehäuft. Man kann ihnen diese zusätzliche Aufgabe nicht aufbürden.

Im Übrigen kann ich Ihnen den Hinweis darauf nicht ersparen, dass die Bundespolizei auch deshalb ihre Aufgabe an der bayerischen Grenze nicht wirklich, zumindest nicht hinreichend, wahrnehmen kann, weil Bundespolizei-Personalstellen in der Amtszeit Ihres Bundesinnenministers Hans-Peter Friedrich abgebaut statt aufgebaut wurden. Sie haben das Dilemma in Ihrer politischen Verantwortung selbst herbeigeführt, meine Damen und Herren von der CSU!

(Beifall bei der SPD)

Wir sagen: Ja, die Außengrenze muss kontrolliert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns ins Land kommt. Da sind wir uns einig. Aber wer wie die Rechtsnationalen hier im Parlament den Eindruck erweckt, hermetisch abgeriegelte Grenzen und neue Mauern seien eine Lösung für das europäische Flüchtlingsproblem, der täuscht die Menschen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hat keiner gesagt!)

Abschottung konzentriert und vergrößert die Probleme, anstatt sie zu lösen. - Herr Aiwanger, ich hätte gerne von Ihnen gewusst, wie Sie sich das vorstellen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich habe fünf Argumente aufgezählt! Sie haben bisher noch keines gesagt!)

- Argumente bringen hier gar nichts. Wir hätten von Ihnen ein Konzept erwartet.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das hab ich doch vorgestellt!)

Wenn Sie sagen, Sie haben konkrete Vorstellungen zur Grenzsicherung, dann stellen Sie die hier im Parlament dar. Aber streuen Sie den Menschen nicht Sand in die Augen; tun Sie nicht so, als hätten Sie Konzepte.

(Beifall bei der SPD – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie haben bloß gefragt, wo das hin führen soll!)

Neue Schlagbäume, wie sie von FREIEN WÄHLERN und CSU ins Gespräch gebracht werden, ohne konkret vorgestellt zu werden, machen Europa nicht sicherer, nicht friedlicher, nicht berechenbarer. Wir brauchen jetzt politische Investments in das Verbindende, nicht in das Trennende, nämlich in europäische Solidarität. Sie müssen sich den Vorwurf gefallen lassen, dass Ihre heutigen Anträge nichts anderes sind als Symbolpolitik. Wenn's wenigstens die richtigen Symbole wären, die Sie hier auswählen, meine Damen und Herren! Wir als SPD stehen für Zusammenhalt statt Spaltung, für ein Miteinander statt ein Gegeneinander, für Zusammenhalt und Gemeinsinn statt politischen Rechtspopulismus. Deshalb lehnen wir Ihre Anträge ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte verbleiben Sie am Rednerpult. - Bevor ich dem Kollegen Steiner das Mikrofon für eine Zwischenbemerkung freischalte, gebe ich bekannt, dass die CSU namentliche Abstimmung zu ihrem Dringlichkeitsantrag beantragt hat.

Klaus Steiner (CSU): Herr Rinderspacher, Sie haben jetzt öfter von Rechtspopulismus gesprochen. Auf meine folgende Frage will ich eine konkrete Antwort: Wie bewerten Sie das Vorgehen von SPD-Ortsverbänden in Essen, die sich aktuell in ihren Stadtteilen massiv gegen die Errichtung von Asylbewerberunterkünften wenden und Bürgerinitiativen dagegen gründen? – Erste Frage.

Sie reden von Abschottung. Wie bewerten Sie das Verhalten und die Reaktion der sozialdemokratisch geführten schwedischen Regierung, die gestern oder heute beschlossen hat, 80.000 Asylbewerber auszuweisen? - Das ist die Hälfte der Asylbewerber, die derzeit im Land sind. Wie bewerten Sie das Verhalten der sozialdemokratischen Regierungen von Österreich oder von Tschechien, die die Grenzen dicht machen? Ist das auch Rechtspopulismus? Wie sehen Sie das? – Eine konkrete Antwort bitte.

(Beifall bei der CSU)

Markus Rinderspacher (SPD): Eine konkrete Antwort sollen Sie bekommen, Herr Steiner. Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat sich klar davon distanziert, dass es Demonstrationen und Unterschriftensammlungen zulasten von Flüchtlingen in Essen geben soll. Hannelore Kraft und auch verschiedene andere Politiker haben das klargemacht. Danke, dass Sie mir die Gelegenheit geben, das hier noch einmal zu bekräftigen.

Zweitens. Sie sagen, dass Grenzkontrollen notwendig sind. Das sagen auch wir. Aber Sie vermitteln den Eindruck, dass Sie die bayerische Außengrenze hermetisch abriegeln können oder wollen – selbstverständlich, anders ergibt es keinen Sinn. Sonst würden auch Ihre Klageandrohung, Ihr Brief, Ihr Gutachten überhaupt keinen Sinn ergeben. Sie vermitteln den Eindruck, als hätten Sie eine Lösung, wenn Sie von Obergrenzen sprechen. Noch immer haben Sie keine Antwort darauf gegeben, was Sie mit dem 200.001. Flüchtling machen, der nachts um halb zwei an einer bayerischen Außengrenze mit zwei Kindern

auf dem Arm ankommt und dessen syrische Frau zuhause im Bombenhagel gestorben ist. Was machen Sie mit diesem 200.001. Asylbewerber in Bayern?

(Josef Zellmeier (CSU): Was macht denn Schweden, was macht Österreich? – Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU) – Weitere Zurufe von der CSU)

Endet das Asylrecht für die CSU im April oder im Mai? Ist es jahreszeitenabhängig? – Wir sagen: Nein, das ist keine Lösung; das sind Scheinlösungen, das ist Symbolpolitik. Damit ist niemandem geholfen; damit kriegt man vielleicht für ein 20-Sekunden-Fernsehstatement mal einen schnellen Applaus.

In einem sind wir uns einig: Wir müssen tatsächlich dafür Sorge tragen, dass sich die Zahl der Flüchtlinge, die zu uns kommen, vermindert, verringert, reduziert, damit Integration gelingt. Darüber wollen wir reden.

(Josef Zellmeier (CSU): Verraten Sie uns mal, wie! Auf diese Frage brauchen wir eine Antwort!)

Darüber, dass das eine schwierige Aufgabe ist, sind wir uns hoffentlich alle einig, wenn wir eine ernsthafte Debatte führen. Sie hingegen fallen der Bundeskanzlerin in den Rücken, die wie keine andere Politikerin in unserem Land jetzt die Aufgabe hat, das zu leisten, was notwendig ist,

(Zuruf des Abgeordneten Oliver Jörg (CSU))

nämlich europäische Solidarität zu organisieren. Ich sage immer: Die Kanzlerin wäre gut beraten gewesen, wenn sie nicht zweimal ergebnislos in Kreuth gewesen wäre, sondern ein Ergebnis in Prag, in Warschau, in Lissabon, in Madrid oder in Kopenhagen herbeigeführt hätte. Damit wäre uns mehr geholfen gewesen. Da sollten wir zusammenarbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Moment. Noch eine weitere Zwischenbemerkung: Kollege Aiwanger.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Rinderspacher, Sie haben auch nur dargestellt, was alles nicht ginge und wie schlimm es enden würde, wenn man die Maßnahmen an den Grenzen verstärken würde. Unser Vorschlag war, zumindest das Personal zu verstärken. Ich will jetzt gar nicht bis zur besseren Zusammenarbeit mit Österreich ausholen. Wir hatten in Laufen an der Grenze unsere Klausur. Die Österreicher bieten der Bundesrepublik sogar an, in enger Absprache einen gewissen Teil unberechtigter Asylbewerber zurückzunehmen. Da ist also Luft im System.

Da heißt es nicht: 3.000 rein oder raus, sondern Österreich sagt: Wir wären bereit, davon ein paar Hundert zurückzunehmen. – Da muss man anknüpfen und auf das Mögliche setzen.

Aber meine konkrete Frage an Sie betrifft dies: Ich habe durchaus den Eindruck, dass sich die SPD im Landtag mittlerweile in einen Elfenbeinturm hineinkutiert hat und ausblendet, was ihre Kommunalpolitiker zuhause sagen, die den Hilferuf des Landrats Dreier aus Landshut unterstützt haben, um der Frau Merkel ein Zeichen zu setzen. Dieser Hilferuf wurde auch von den SPD-Bürgermeistern im Landkreis Landshut unterstützt. Sie haben sich einstimmig hinter den Landrat gestellt. Der Landrat aus Dingolfing, Herr Trapp, SPD, sagte: So geht es in der Flüchtlingspolitik nicht weiter. – Die Kommunalpolitiker der SPD fordern ebenfalls eine Kurskorrektur ein. Wenn Sie sagen, das seien alles Populisten, dann machen Sie es sich damit zu einfach.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kollege Aiwanger, mit Ihrer Einlassung bestätigten Sie meinen Vorschlag, nämlich dass Sie lautstark auftreten, Obergrenzen und dichte Grenzen fordern.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das habe ich nie gefordert!)

– Was ist denn Ihr Antrag? Sie fordern eine Klage des Freistaats Bayern gegen die Bundesrepublik, damit die Grenzen gesichert werden. Einen härteren Antrag kann man nicht stellen. Auf Nachfrage sagen Sie, es ginge Ihnen nur darum, dass das Personal ein bisschen aufgestockt wird, damit wir mehr Polizisten haben. Darüber sind wir uns hier im Hohen Haus doch einig. Wir brauchen mehr Bundespolizei an der bayerischen Außengrenze.

Aber es ist etwas anderes, eine solche seriöse, solide Forderung zu stellen, als die Menschen mit harten Parolen und Populismus auf die Bäume zu treiben. Wenn man dann nachfragt, kommt von Ihnen nichts.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb braucht es politische Kräfte. Dazu fordere ich Sie auf. Sie sind als FREIE WÄHLER einmal mit der Aussage gestartet, mit Maß eine Politik der Mitte zu betreiben, statt mit Populismus die CSU rechtsaußen zu überholen.

(Beifall bei der SPD)

Es geht darum, mit klugen Konzepten Lösungen zu erreichen. Deswegen brauchen wir keine Flüchtlings-

politik durch die rosarote Brille. Wir kennen die Probleme genauso wie Sie, Herr Aiwanger. Aber die Art und Weise, mit Bussen durchs Land zu ziehen, Pressekongressen zu geben, Flüchtlingen eine Schachtel Mandarinen zu reichen – das ist unter aller Kanone!

(Beifall bei der SPD)

Das muss Ihnen klar werden. Das kann nicht der politische Stil sein, in dem wir in diesem Land miteinander umgehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Als nächste Rednerin bitte ich die Kollegin Bause zum Mikrofon.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine bizarre Situation. Da werfen die einen Vereinfacher den anderen Vereinfachern Vereinfachung vor, versuchen, sich gegenseitig zu überbieten. Und die Einzigen, die davon profitieren, sind die Leute von der AfD.

Es ist bizarr: Die CSU droht der eigenen Regierungschefin mit einer Verfassungsklage. Sie droht der Regierung, der sie selber angehört, mit einer Klage. Sie drohen mit einer Verfassungsklage gegen sich selber.

Angeblich - so habe ich gelesen - klagt ja nur die CSU-Regierung in Bayern, nicht die CSU als Teil der Regierung in Berlin. Ich muss Ihnen sagen: Das kann ich mir politisch nicht mehr erklären, sondern nur mehr pathologisch. Man nennt das Bewusstseinspaltung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was bezwecken Sie mit Ihren Dauerattacken, mit Ihren Drohungen, mit Ihren sich überschlagenden Scharfmacherparolen? Was bezwecken Sie mit Ihrer sich dauernd schneller drehenden Eskalationsspirale?

Was bleibt Ihnen denn noch, wenn alle Brandbriefe geschrieben sind, wenn die Verfassungsklage eingereicht ist und letztlich scheitern wird? Was Ihnen dann noch bleibt, ist der Austritt aus der Bundesregierung, ist der Bruch der Koalition. Mit dieser Drohung machen Sie mächtig Eindruck.

Auch Ihnen müsste schon aufgefallen sein: Es braucht Sie nicht für die Regierungsmehrheit in Berlin. Das ist Ihr eigentliches Problem. Sie sind verzichtbar für die Regierungsmehrheit in Berlin. Davor haben Sie Panik. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Je mehr Sie sich aufmandeln, desto mehr demonstrieren Sie Ihre Schwäche. Die ganze Farce mit Ihrer angekündigten Klage zeigt nichts anderes als Ihre Hilflosigkeit.

In der Sache bewirken Sie nichts. Das haben Sie offen zugegeben. Die Bundeskanzlerin muss Ihre Klage nicht wirklich fürchten. Jedoch haben Ihre Äußerungen, hat Ihr Dauerstakkato, hat Ihr kopfloser, panischer Aktionismus eine Wirkung. Sie bewirken, dass die schon bestehende Verunsicherung in der Bevölkerung nochmals steigt. Die Leute wissen wirklich nicht mehr, woran sie sind. Da ist das Gerede von Notstand, von Notwehrmaßnahmen. Das bewirkt, dass die Menschen fragen: Was kommt denn da noch alles? Woran können wir uns noch festhalten? - Davon profitieren dann genau die, die Sie angeblich kleinhalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

– Herr Zellmeier, hören Sie zu. Ich sage Ihnen: Wer den rechten Mob füttert, bewirkt, dass er wächst, und nicht, dass er schrumpft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sollten nicht weiter permanent Angstpolitik betreiben, sondern die Werte unseres Grundgesetzes besonnen verteidigen.

Glauben Sie denn wirklich, dass wir einfach mal so unsere Grenzen schließen können, und dann wäre alles wieder gut? Ist Ihnen schon aufgefallen, dass wir im 21. Jahrhundert leben? Wir leben in einer globalen, vernetzten Welt. Von dieser profitieren wir übrigens alle, und die Wirtschaft profitiert davon. Sie sagen doch immer, wie wichtig es ist, die Wirtschaft zu unterstützen. In dieser globalen, vernetzten Welt können wir nicht einfach mal den Schalter umdrehen und die Grenzen dichtmachen. Davon würde nämlich der allergrößte Schaden ausgehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wollen Sie denn wirklich diesen Überbietungswettbewerb der verschiedenen Länder in Ihrem Sankt-Florians-Prinzip? Nach der Methode: Wir machen die Grenzen dicht. Dann müssen aber auch die Nächsten die Grenzen dichtmachen, auch die Übernächsten müssen die Grenzen dichtmachen. Dies endet dann am Mittelmeer. Wollen Sie denn, dass die Flüchtlinge dort stranden oder am rettenden Ufer möglicherweise gar nicht erst ankommen? Wollen Sie, dass Hunderttausende von Menschen in den europäischen Ländern hin- und hergeschoben werden? – Das ist keine konstruktive Politik, auch keine menschliche Politik.